

## **ANTRAG**

### **FÜR DIE STADTVERTRETUNG DER STADT SASSNITZ**

	<b>Zur Vorlage für den 26.04.2022 – Stadtvertretung, öffentlicher Teil</b> <b>Einreicher: SPD-Fraktion, BFS-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE</b>
<b>TITEL</b>	<p>Schaffen formeller Voraussetzungen zum Umbau des Wohnheims der BBS für die Unterbringung von Flüchtlingen</p> <p>Die Stadtvertretung der Stadt Sassnitz möge beschließen:</p> <p>Der Bürgermeister wird beauftragt, die formellen Voraussetzungen zu schaffen, dass der Landkreis das Wohnheim der Berufsschule in Sassnitz umbauen und für die Unterbringung von Flüchtenden nutzen kann.</p> <p>Gleichzeitig ist eine Vereinbarung mit dem Landkreis anzustreben, die eine verbindliche Unterstützung durch den Landkreis bei den Bemühungen der Stadt Sassnitz bezüglich des Einrichtens einer gymnasialen Oberstufe, der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende sowie der Festigung des Berufsschulstandortes Sassnitz im Allgemeinen zum Inhalt hat. Mit dem Innenministerium und der Stadt Sassnitz ist eine Willensbekundung zu unterzeichnen, die eine gemeinsame Einrichtung von Landes- und Wasserschutzpolizei auf dem Gelände der Straße der Jugend 14 beinhaltet.</p>
<b>BEGRÜNDUNG</b>	<p>Anfang des Jahres 2021 erfuhren wir Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter erstmals, dass Landes- und Wasserschutzpolizei beabsichtigen, in eine gemeinsame Unterkunft in der Straße der Jugend 14 zu ziehen. Diese Einrichtung sollte teilweise auf städtischem, größtenteils aber auf dem Eigentum des Landkreises entstehen. Zurzeit befindet sich auf dem Eigentum des Landkreises ein Gebäude, das seit 2015 als Asylunterkunft, seit 2021 als Hortgebäude für die Kita „8. März“ der evangelischen Kirchengemeinde genutzt wird. Als Kompensation für die wegfallenden 50 Plätze der Asylunterkunft war seitens des Landkreises zukünftig vorgesehen, das Wohnheim der Sassnitzer Berufsschule, die sich im Eigentum des Landkreises befindet, zu nutzen und um ca. 200 Plätze zu erweitern. Gleichzeitig erfuhren wir Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter, dass die Erstaufnahmestelle auf dem Dänholm in Stralsund aufgegeben werden sollte. Deshalb lag die Vermutung für uns sehr nahe, dass zukünftig der gesamte Berufsschulstandort in Sassnitz zur Diskussion stünde und eine Nutzungsänderung, die unsere Vorstellungen konterkarierte, angestrebt sei. Genährt wurden diese Gedanken durch den angestrebten Bau eines Berufsschulcampus in Stralsund, der Ausbildungsstandorte konzentrieren soll. Deshalb erschien uns zum damaligen Zeitpunkt eine Veränderungssperre geboten, um Nachteile für Entwicklungspotenziale unserer Stadt abzuwenden.</p> <p>Wenn nun ausschließlich das Wohnheim der Berufsschule in Sassnitz für die Beherbergung von Flüchtenden und Asylsuchenden genutzt werden soll, dazu eine verbindliche Unterstützung durch den Landkreis bei den Bemühungen der Stadt Sassnitz bezüglich des Einrichtens einer gymnasialen Oberstufe erfolgt, Investitionen zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende getätigt werden und der Berufsschulstandort Sassnitz insgesamt gefestigt wird, sehen wir tatsächlich Chancen für die Entwicklung aller unserer Absichten. Als Symbol der Integration könnte dabei da auch unser Sportplatz Dwasieden dienen, der ja schließlich zu einem multifunktionalen, integrativen und barrierefreien Sport- und Begegnungszentrum in Sassnitz entwickelt werden soll.</p>
<b>DECKUNGS- QUELLE</b>	

**UNTERSCHRIFT**

Sassnitz, 7.04.2022

SPD-Fraktion

BFS-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion DIE LINKE



Karsten Käning  
Vorsitzender